

Schwerpunkte der Bundesratspolitik bis 1975

Fortsetzung von Seite 1

Die Schweiz und die Staatenwelt

Im ersten Kapitel der konkreten Richtlinien wird erklärt, die Konstanten unserer Aussenpolitik bleiben erhalten, aber die Unabhängigkeit habe ihr Gesicht verändert, denn die gegenseitige Abhängigkeit der Völker ist eine Tatsache, die vermehrte Zusammenarbeit und Öffnung verlangt, Öffnung nach Europa, zur UNO und zur Dritten Welt (Entwicklungshilfe).

Ehrverletzungsprozess Hans Habe-Friedrich Dürrenmatt

(spk) Am Montagnachmittag begann vor den Schranken der 5. Abteilung des Zürcher Bezirksgerichtes ein vielleicht folgenschwerer Ehrverletzungsprozess, den der seit 1960 in Ascona niedergelassene 63 Jahre alte bekannte, aus Oesterreich stammende Schriftsteller Hans Habe gegen den Dramatiker Friedrich Dürrenmatt anstrengt. Im Grunde genommen, geht es um den Direktor des Zürcher Schauspielhauses Harry Buckwitz, der nach der Ueberzeugung Habes ein enragierter Nationalsozialist war. Dies könne man aus zwei Schriften von Buckwitz, die aufgefunden wurden, und anderem Belastungsmaterial herauslesen.

Habe veröffentlichte in der bekannten deutschen Zeitung «Die Welt am Sonntag» am 31. Mai 1970 einen Artikel, wonach Buckwitz nicht an das Zürcher Schauspielhaus gehöre, wobei er zahlreiche Stellen aus jenen nationalsozialistischen Schriften zitierte. Der Verwaltungsrat des Zürcher Schauspielhauses habe die Konsequenzen zu ziehen.

Als Antwort auf diesen Artikel publizierte kurz darauf Friedrich Dürrenmatt, der sich ganz hinter Buckwitz stellte, im «Sonntags-Journal» vom 13./14. Juli 1970 ein Interview. Der Interviewer konnte dabei freilich nicht eruiert werden. Dürrenmatt erklärte jedoch darin, «selbst, wenn alles stimmen würde, was Buckwitz damals geschrieben haben soll, dann ist Habe heute immer noch schlimmer als Buckwitz damals». «Der einzige Faschist in der ganzen Geschichte ist der Habe». Auf die Frage des Interviewers an Dürrenmatt, ob er Habe antworten werde, erklärte dieser ebenfalls im Sonntagsjournal: «Auf menschliche und tierische Exkremente, die man vor sich auf der Strasse liegen sieht, tritt man nicht.»

Der Rechtsvertreter Hans Habes, Dr. Walter Bächli, verlangte eine Bestrafung Dürrenmatts wegen übler Nachrede und Beschimpfung. Vor Gericht versuchte er, den Nachweis zu erbringen, dass sein Klient seit 40 Jahren ein konsequenter Kämpfer gegen den Nationalsozialismus und überhaupt gegen alle Totalitarismen gewesen sei. Wohl habe der 22jährige Habe einmal etwas von einer austrofaschistischen Epoche gekannt, doch seien ihm damals die nationalsozialistischen Tendenzen dieser Bewegung noch völlig fremd gewesen. Habe habe aber in einem 1954 erschienenen Buch «Ich stelle mich» wuchtig zu diesem Irrtum gestanden.

Dr. Mastronardi, der Verteidiger von Dürrenmatt, beantragte für diesen einen totalen Freispruch. Er ging davon aus, dass Habe mit seinem Angriff gegen Buckwitz «den hinterlistigen Schuss aus Ascona» Dürrenmatt schwer provoziert und ihn in einem andern Artikel sogar mehr oder weniger als Faschisten bezeichnet habe. Die Provokation sei von Dürrenmatt auch als solche empfunden worden, hatte Habe doch geschrieben, Dürrenmatt sollte nicht bereit sein, neben einem Buckwitz zu sitzen. Auf alle Fälle müsse man Dürrenmatt den guten Glauben, dass Buckwitz unbelastet sei, zubilligen.

Das Urteil wird erst später erfolgen.

Zürich: Rüge für Nationalräte

(SDA) In einem Communiqué der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich wird den vier sozialdemokratischen Mitgliedern der nationalrätlichen Militärkommission nahegelegt, «persönliche weiterreichende Konsequenzen zu ziehen».

Das Communiqué hat folgenden Wortlaut: «Mit Befremden hat die Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich davon Kenntnis genommen, dass die Nationalräte Bircher, Bratschi, Haller und Wagner dem Wunsche einer deutlichen Fraktionsmehrheit, der Empfehlung des Vorstandes der SPS und der in dieser Frage geschlossenen Partei zuwiderhandeln, indem sie in der Militärkommission des Nationalrates wieder Einsitz nahmen.

Sie anerkennen damit den von den bürgerlichen Parteien, vom Landesring und den Republikanern durchgesetzten Standpunkt, wonach alternative Auffassungen zu der von diesen bestimmten Militärpolitik unerwünscht sind.

Missglückter Banküberfall

(SDA) Ein junger Unbekannter hat einen Ueberfall auf die Kantonalbankagentur in Grätsch im bündnerischen Prättigau verübt, der jedoch durch das mutige Verhalten des Bankinhabers vereitelt werden konnte. Der Täter ist noch flüchtig.

Die Bundesratskonzepte zu diesen Fragen dürfen ebenso als bekannt vorausgesetzt werden wie seine Konzeption der Gesamtverteidigung. Als neuer Akzent gegenüber früheren Regierungserklärungen ist im Militärbereich festzuhalten, dass man jetzt statt von Abschreckung von «Dissuasion» spricht, d.h. der Posten «Schweiz» soll im Militärkalkül eines möglichen Angreifers so hoch sein, dass er den Angriff nicht mehr für interessant genug halte. Im Vordergrund der Gesamtverteidigungspolitik wird in nächster Zeit die Lösung der Alternative «Zivildienst» stehen.

Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik

bilden das Kernstück der Richtlinien, da die wirtschaftlichen und soziologischen Veränderungen besonders eklatant sind. Vor allem die Jugendfrage, zu der ein Bericht ans Parlament in Aussicht gestellt wird, führt zu tiefgreifenden Veränderungen der Gesellschaft, die nur im offenen Gespräch zu meistern sind, mit dem Jugendproblem steht in engstem Zusammenhang die Bildungspolitik: die neuen Bildungsartikel der Verfassung tendieren auf eine sinnvolle Koordination der kant. Schulsysteme, auf eine Arbeitsteilung Bund — Kantone, auf die Förderung der Hochschulen, der Berufsschulen und der Erwachsenenbildung nach dem Grundsatz, dass jeder eine seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung erhalten kann und dass darüber hinaus allen der Zugang zur Bildung erleichtert wird. Es wird u.a. dem Gesetzgeber in den nächsten Jahren die Revision des Hochschulförderungsgesetzes, des ETH-Gesetzes der Berufsbildungsgesetzgebung, die Verbesserung der Bundeshilfe an die Ausbildungsfinanzierung obliegen. Dazu kommt als neue Bundesaufgabe die Forschungsförderung. Der Bundesrat hebt in den Richtlinien hervor, dass diese Aufgabe auch in den Dienst der Erhaltung und Kräftigung der Mittel- und Kleinbetriebe zu stellen sei. Schliesslich wird in diesem Zusammenhang auf Ende 1973 ein allgemeiner Bericht über die Schweiz, Kulturförderung in Aussicht gestellt und in einem Zwischenkapitel «Information» angekündigt, dass dieses oder nächstes Jahr der Radio und Fernsehartikel dem Parlament im Entwurf zu gehen und dass das leidige Kapitel «Revision des Art. 55 über die Pressefreiheit», womöglich zu einem Abschluss gebracht werden soll.

Im Kapitel «Soziale Wohlfahrt»

verweist das Programm auf die gesetzgeberischen Aufgaben und Fragen, die sich aus der im Wurfe liegenden 8. AHV-Revision und dem neuen AHV-Verfassungsartikel ergeben werden, aber auch auf die Revision der Kranken- und Unfallversicherung. Der Bundesrat macht auf die hohen Kostenfolgen dieses sozialen Fortschritts aufmerksam. Die Anträge zur KUVG-Revision sind nächstes Jahr zu erwarten.

Regional-, Entwicklungs- und Raumplanungspolitik

bilden einen der Schwerpunkte der Regierungspolitik der nächsten Jahre. Sie sind im Zusammenhang dem Umweltschutz mit der ebenfalls neu konzipierten Wohnbau- und Mieterschutzpolitik der im Wurfe liegenden neuen Gesamtverkehrskonzeption und der

Energiepolitik zu würdigen und zeigen deutlicher als irgendwelche Fragenkomplexe die «Interdependenz» der grossen Landesaufgaben.

Die Hochkonjunktur hat zu Ballungen der Bevölkerung und der Wirtschaft in den Agglomerationen und zur Entleerung der zu wenig entwickelten Berggebiete geführt. Erstrebt wird ein sinnvoller Ausgleich zwischen ländlichen und städtischen, wirtschaftlich schwachen und wirtschaftlich starken Gebieten, eine Angleichung des Wohlstandes in den verschiedenen Regionen. Die Landesregierung rekapituliert die bereits bekannten Leitbilder, von denen sie sich in der Raumplanung leiten lässt (Kampf gegen die Zersiedlung, durch Streubauwesen, Schutz der Erholungsgebiete, Koordination der Raumplanung der Kantone, Schaffung von siedlungspolitischen Leitbildern und Gesamtrichtplänen). Steuerungsmassnahmen auf dem Wohnungsmarkt durch die Ausführungsgesetzgebung zu den neuen Wohnbau- und Raumplanungsartikel der Verfassung usw. Dazu kommt die forcierte Arbeit an der auf die Raumplanung abgestimmten Gesamtverkehrskonzeption, die in drei Etappen (zwischenberichten) erarbeitet und bis 1976 beendet sein wird. Eine Gesamtkonzeption wird auch für die Energiepolitik in Aussicht gestellt, wobei man vernimmt, dass der Bundesrat den Anschluss an das Europaerdgasnetz fördern und den Bau von Atomkraftwerken — beides ist am ehesten umweltschutzgerecht — forcieren wird. Ein Konzept wird sodann für den Agglomerationsverkehr in Aussicht gestellt, wobei der Bund die Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel in den verstopften Grossstädten finanziell unterstützen will.

Zum Problem der Eisenbahntransversalen erklären die Richtlinien, es sei die Kapazität zu erhöhen und die Vorrangstellung von SBB und BLS zu sichern. Aber aufgrund neuester Verkehrsprognosen erweise es sich auch, dass ums Jahr 2000 eine neue Transversale nötig werde, dann müsse die Ostalpenbahn zur Verfügung stehen, damit die Schweiz ihre Stellung im Eisenbahntransitverkehr behaupten könne: Zugleich diene dies dem 'Staatspolitisch erwünschten Ausgleich mit der Ostschweiz'. Noch 1972 werde der Bundesrat sein Gesamtkonzept für den Eisenbahnverkehr unterbreiten.

Schliesslich sei aus dem Kapitel Um-

Die Dragoner doppeln nach

Petition für die Erhaltung des Pferdes in der Armee.

(HIS) Die Fronten im Kampf um die Erhaltung der Kavallerie sind bezogen: Auf die Botschaft des Bundesrates über die Abschaffung der berittenen Verbände ist nun die Reaktion der Dragoner eingetroffen und zwar in Form einer Petition, in welcher die Bundesversammlung ersucht wird, von Massnahmen Abstand zu nehmen, welche einen weiteren Rückgang des schweizerischen Pferdebestandes zur Folge hätten. Das weitere Anliegen der Petition besteht in der Erhaltung des heutigen Standes von 18 berittenen Dragoner-Schwadronen. Als Begründung dafür werden drei Hauptpunkte genannt: 1) Beschaffenheit von Gelände und Klima, welche die Erhaltung der hippomobilen Verbände

weltschutz die Ankündigung herausgegriffen, dass der Bundesrat erklärt, man werde der umweltverseuchenden Wirtschaft Bedingungen auferlegen und die Umweltschutzkosten grundsätzlich so weit möglich dem Verursacher anlasten.

Konjunkturpolitik und Inflationsbekämpfung

Bisher seien oft Ansätze zur Teuerungsbekämpfung unternommen worden, heisst es in einem weiteren Kapitel, jedoch meist zu spät und zu wenig. Die neuesten galoppierenden Preissteigerungen seien jedoch dazu angetan, jedermann von der Notwendigkeit des mit dem Entwurf zu einem Konjunkturartikel der Verfassung geplanten staatlichen Instrumentariums zu überzeugen. Hier handle es sich um eine Hazotaufgabe der Legislatur: Sofort nach Annahme des Verfassungsartikels soll auch die Vorlage für die Revision des National-Bankgesetzes, die endlich das nötige Notenbankinstrumentarium schafft, behandelt werden: Damit soll die Nationalbank zusammen mit dem Bundesrat die Hebel in die Hand bekommen, um unerwünschte Entwicklungen auf den Geld-, Kapital- und Kreditmarkt abzuwenden. Was die Währungspolitik betrifft, wird dem Beitritt zur Institution von Bretton Woods, im Kapitel 'Aussenhandelspolitik' einer Verstärkung des Osthandels das Wort geredet.

Dieser vermehrten Koordination auf dem Währungs- und Handelssektor steht die Förderung zur Seite, die Koordination zwischen Bund und Kantonen zu verbessern durch regelmässige Kontakte. Diese sollen auch unter den Sozialpartnern verstärkt werden.

Neue Einnahmen

Werden unerlässlich sein, wenn der Bund alle die in den Richtlinien angeführten Aufgaben sachgemäss lösen will.

Darum rückt der Bundesrat ziemlich offen die Perspektive ins Licht, dass wir bis 1975 auf ein 15-Milliardenbudget kommen werden, da zudem die Integration massive Zollaussfälle bringen wird, bereitet der Bundesrat die Einführung der Mehrsteuer vor: Zudem will er die sogen. Flexibilität bei der Wehrsteuer ausnützen. Mit anderen Worten: Es wird sich weisen müssen, ob das Volk auch die Rechnung zu zahlen gewillt ist, die dem Parlament und dem Souverän präsentiert werden muss, wenn es die Politik billigt, die die Richtlinien beinhalten.

rechtfertigt; 2) Erhaltung des Gebrauchspferdebestandes, die durch die Abschaffung der Kavallerie gefährdet wäre; 3) der ethisch-erzieherische Wert des Pferdes im Gefüge unseres Staatswesens und unserer Volkswirtschaft.

Alle legalen Mittel zum Kampf

An einer Pressekonferenz in Bern, an welcher der Petitionstext verlesen wurde, zeigte sich wie heiss das Eisen in Wirklichkeit ist. So wurde die Botschaft des Bundesrates als «beleidigend und enttäuschend» bezeichnet. Die Kavallerieverbände (insgesamt 200 mit rund 17 000 Mitgliedern) würden jedes legale Mittel im Kampf um die Erhaltung der berittenen Truppen einsetzen. Verschiedene Redner hatten Gelegenheit, ihre Ansicht zur umstrittenen Frage kundzutun. So unterstrich Nationalrat Thévoz als Präsident des Initiativkomitees zur Erhaltung des Pferdes in der Armee das ausserordentliche Engagement der Kavallerie für die Armee.

Ueber seine Erfahrungen mit den «berittenen Grenadiere» sprach alt Divisionär Godet, der zwölf Jahre Kommandant der 2. Division war. Er bezeichnete die Dragoner als seine besten Infanteristen und drückte die Ueberzeugung aus, dass mit ihrer Umschulung auf Panzer der Schweizer Armee ein grosser Verlust erwachsen würde. Auch wies er darauf hin, dass die Kavallerie äusserst gut bewaffnet sei. Er habe allerdings die Erfahrung gemacht, dass die berittenen Verbände und vor allem ihre Einsatzmöglichkeiten von höchster Stelle aus seit zehn Jahren völlig ignoriert worden seien. Es sei daher nicht verwunderlich, wenn heute ein völlig falsches Bild (nämlich das Defilee-Bild) der Dragoner gemalt werde. Die Kavallerie abzuschaffen, so schloss Godet seine Ausführungen, wäre ungerecht, um nicht zu sagen ein Skandal.

Nüchtern und sachlich ging Oberst Meier, Kommandant des Dragoner Regiments, auf die Vorwürfe gegenüber der Kavallerie ein. Er betonte dabei nochmals die Beweglichkeit und Schnelligkeit der Dragoner in schwerem Gelände. Er wies darauf hin, dass im letzten Aktivdienst rund 60 000 Pferde im Einsatz gestanden hätten. Oberst Meier konnte mit einigen konkreten Beispielen aus dem Ausland aufwarten, mit denen er die Wichtigkeit der berittenen Verbände auch in der heutigen Armee bewies.

Die Schweiz ist nicht allein

Dass die Schweiz mit ihren Kavallerie-Verbänden nicht allein dasteht, wurde eindrücklich anhand einer Umfrage dargelegt. So verfügen, um nur einige Beispiele zu nennen, folgende Länder heute über eine berittene Infanterie: Italien, Türkei, Spanien, Thai-

Celio zu den Richtlinien

(SDA) Mit der Ausarbeitung der Richtlinien für die Regierungspolitik der Jahre 1971—1975 habe sich die Landesregierung nicht einer blossen Pflichtübung unterzogen, vielmehr habe sie eine klarere Uebersicht über die mannigfaltigen Aufgaben des Bundesrates in den nächsten Jahren gewonnen. Bundespräsident Nello Celio präsentierte mit dieser einleitenden Feststellung an einer Pressekonferenz am Dienstag im Bundeshaus die Richtlinien, die seit 1968 zum zweiten Mal unter der massgeblichen Beteiligung von Bundeskanzler K. Huber erarbeitet worden sind.

Die vom Bundesrat festgelegten, jedoch die Regierungsparteien nicht verpflichtenden Umriss der künftigen Regierungspolitik umschreiben zwar grundsätzlich die gleichen Absichten wie die aus den Besprechungen der Bundesratsparteien hervorgegangenen Legislaturziele. In Detailfragen weichen jedoch Wege und Mittel, die zum Ziele führen sollen, teilweise voneinander ab. Es wird Sache der parlamentarischen Beratungen sein, die Marschroute verbindlich festzulegen.

Nach diesen Hinweisen unterstrich Bundespräsident Celio, dass die Berücksichtigung bereits ermittelter Entwicklungstendenzen dazu beitragen, Probleme, die sich früher oder später stellen könnten, verdeutlicht werden. Angesichts der grossen Zahl anstehender Aufgaben werde sich in absehbarer Zeit die Beschaffung zusätzlicher Einnahmen aufdrängen. Dabei stünden die Einführung einer Art Mehrwertsteuer, im Zusammenhang mit den Zollaussfällen, und die Ausnützung der sogen. Flexibilität bei der Wehrsteuer im Vordergrund.

Als zentrale Zukunftsaufgaben, wie sie in den Richtlinien ihren Niederschlag gefunden haben, bezeichnete der Bundespräsident das Ungleichgewicht zwischen Individual- und Kollektivgütern, die allzu grossen Unterschiede in der regionalen Verteilung unseres Wirtschaftswachstums, das Missverhältnis zwischen ökonomischen und ausserökonomischen Werten sowie die Disharmonie zwischen geistiger und materieller Entwicklung.

Offensichtlich sei die Diskrepanz zwischen Anforderungen und Leistungsfähigkeit. Unser Kleinstaat müsse mit beschränkten Mitteln einer Explosion der Ansprüche gerecht werden. «Wir können aber weder in eine vergangene Epoche zurückkehren noch den Status quo versteinern.»

land, Sowjetunion, Rotchina, Algerien, Marokko, und so weiter. Gleichzeitig wies aber Divisionär Godet darauf hin, dass die Schweiz sich nicht nach dem Ausland richten dürfe. Wir seien ein Sonderfall und müssten uns unseren Verhältnissen anpassen, ohne dabei auf das Ausland zu schauen. Das vom Bundesrat angeführte Argument, die zurückgelassenen Pferde brauchten in einem Ernstfall zu viel Wartung, sei ebenfalls nicht stichhaltig, denn im Verhältnis zu andern Waffengattungen sei das Wartungspersonal äusserst gering. Auch die Kosten, 0,7 Prozent des gesamten Armeebudgets, stünden in keinem Verhältnis zur Kampfkraft der Berittenen.

Neuenegg

Kürzlich fand der mit einer Prüfung verbundene Schlussabend des Krankenpflegekurses statt. Während Wochen hatten sich 25 Teilnehmer unter der Leitung von Dr. P. Zentner praktisch und theoretisch zum Dienst am Nächsten vorbereitet. Nun galt es, sich über die erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten auszuweisen. Im Namen des Samaritervereins begrüsst Präsident Mosmann die Kursteilnehmer, Gäste, Helfer und Delegierten und dankte für die spontane Bereitschaft und das freudige Mitmachen. Den verschiedenen Dankesworten folgte ein gemütlicher zweiter Teil mit allerlei Darbietungen und Tanz.

-ey-

Zeitungsredaktor wird Hotelier

(SDA) Der Verwaltungsrat der Hotel Schwanen AG in Rapperswil hat auf dem Berufungsweg Hans und Adeltraut Rathgeb-Ackerhans als Direktionshepaar mit der Führung und kaufmännischen Leitung des Hotels Schwanen in Rapperswil betraut. Der 48jährige Stadtrat und Kantonsrat Hans Rathgeb war während 25 Jahren Redaktor der Rapperswiler Lokalzeitung «Die Linth» und präsidierte 12 Jahre lang den Verkehrsverein Rapperswil-Jona. Er wird seine neue Aufgabe nach entsprechender Fachausbildung im Herbst 1972 antreten.

Hans Rathgeb ist seit 1967 auch Präsident des Vereins der Freunde des Pollemuseums Rapperswil. Diese ehrenamtliche ausgeübte Tätigkeit wird er beibehalten.

Überholen...?
im Zweifel nie